



Freie Demokraten

FDP

Neues aus Bund & Land

Dr. Werner Pfeil MdL
Katharina Willkomm MdB
Markus Herbrand MdB
Stefan Lenzen MdL



Liebe Mitglieder, liebe Bürgerinnen und Bürger,

wir Freie Demokraten arbeiten auch im nordrhein-westfälischen Landtag und im Bundestag daran, den Menschen ein freies und selbstbestimmtes Leben zu sichern. Die Freiheit jedes Einzelnen halten wir auch in schwierigen Zeiten wie der aktuellen Corona-Pandemie hoch. Wie wir uns in unserer täglichen Arbeit für ein modernes, lebenswertes und finanziell stabiles Deutschland einsetzen und unsere Region fit für die Zukunft machen, möchten wir Ihnen mit diesem Heft näherbringen.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen und freuen uns darauf, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen.

Ihre Abgeordneten aus dem Bezirksverband Aachen

Dr. Werner Pfeil MdB

Vorsitzender des Rechtsausschusses,
Sprecher für Feuerwehr und Katastrophenschutz & Mitglied im Innenausschuss

Landtag NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211 884 44 10
Fax: 0211 884 36 44
werner.pfeil@landtag.nrw.de

facebook.com/werner.pfeil.5
www.werner-pfeil.de

Katharina Willkomm MdB

Sprecherin für Verbraucherschutz
der Freien Demokraten im Bundestag

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227 793 24
Fax: 030 227 703 26
katharina.willkomm@bundestag.de

facebook.com/Kathwillkomm
www.katharina-willkomm.de

Markus Herbrand MdB

Obmann der FDP-Bundestagsfraktion
im Finanzausschuss

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227 7 82 81
Fax: 030 227 7 02 84
markus.herbrand@bundestag.de

facebook.com/HerbrandMdB
www.markus-herbrand.de

Stefan Lenzen MdB

Sprecher für Arbeit und Soziales
Sprecher für Integration und Flüchtlinge
& Mitglied im Kommunalausschuss

Landtag NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211 884 44 06
Fax: 0211 884 36 77
stefan.lenzen@landtag.nrw.de

facebook.com/stefanlenzen.nrw
www.stefan-lenzen.nrw

NRW – jetzt mit Europabezug!

Am 11. Juli 1950, also vor 70 Jahren, trat die Verfassung von NRW in Kraft. Mehr als 20 Änderungen hat unsere Landesverfassung im Laufe der Jahre erfahren.

Die jüngste Änderung wurde am 25.6.2020 im Landtag von NRW beschlossen. Damit wurde die Verfassung europäischer, denn den ursprünglichen ersten Worten „Nordrhein-Westfalen ist ein Gliedstaat der Bundesrepublik Deutschland“ folgt jetzt die Passage „und damit Teil der Europäischen Union“. Außerdem wurde Paragraph 1 der Verfassung ein neuer, dritter Absatz hinzugefügt. In diesem



wird ausgeführt, dass NRW zur Verwirklichung und Entwicklung eines geeinten Europas beiträgt, die Eigenständigkeit der Regionen wahrt und deren Mitwirkung an europäischen Entscheidungen sichert. Die Landesverfassung hat jetzt auch unmittelbare Auswirkungen auf unsere zukünftige grenzüberschreitende Zusammenarbeit, in dem es diese unterstützt.

Termin mit Angela Freimuth im KH Stolberg

Gemeinsam mit Angela Freimuth habe ich das Bethlehem Krankenhaus in Stolberg besucht. Anlass des Besuchs waren Fragen über die Versorgung der Region mit ausgebildeten Hebammen und die Ausgestaltung der verschiedenen Geburtsstationen in den Krankenhäusern der StädteRegion Aachen. Aufgrund der Akademisierung wird sich die Ausbildung der Hebammen zukünftig ändern. Zum einen werden auf die bisherigen Hebammenschulen (für die StädteRegion Aachen und das Umland das Luisenhospital) neue Aufgaben zukommen, zum anderen haben sich die RWTH Aachen und die Katholische Hochschule in Köln um Studienplätze beim Wissenschaftsministerium des Landes NRW beworben. Das Land wird jetzt bis Ende dieses Jahres darüber



entscheiden, welche Hochschulen in NRW demnächst das Studium anbieten werden. Dabei verfolgen wir einen dezentralen Ansatz, mit dem Ziel, ein flächendeckendes Angebot anzubieten. Die bisherigen Hebammenschulen sollen dabei als Bindeglied zwischen Krankenhäusern und Kliniken auf der einen Seite und der Hochschule auf der anderen Seite fungieren und die praktische Ausbildung begleiten. Wir wissen zudem, dass der Bedarf an Hebammen groß ist und daher ausreichend Ausbildungs- und Studienplätze zur Verfügung gestellt werden müssen.

Verbesserungen für Polizeibeamte

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat sich insbesondere den Bereichen Kindesmissbrauch und Kinderpornographie zugewendet. Dazu brauchen wir Polizeibeamte, die täglich Bilder und Videos sichten und bewerten müssen. Diese Arbeit stellt eine enorme körperliche und psychische Belastung dar. Daher hat die Landesregierung zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Lage ergriffen, zum Beispiel die verstärkte psychologische Betreuung sowie die technische Ausstattung. Der neu beschlossene CDU/FDP-Antrag (August 2020) würdigt den Einsatz der Ermittler, die durch ihre Tätigkeit einen essentiellen Beitrag zum Aufdecken von Taten und zur Hilfe für die Opfer leisten. Die damit

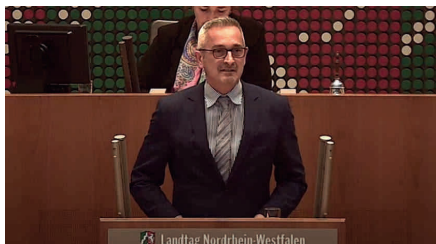


betroffenen Ermittlungsbeamten erhalten daher eine monatliche Erschwerniszulage. Ebenso müssen die Betreuungsangebote und die technische sowie personelle Ausstattung weiter optimiert werden. Die Erschwerniszulage ist damit nicht nur ein Ausgleich für die Auswirkungen der beruflichen Belastungen auf Gesundheit, Psyche und Leben der Ermittler, sondern Ausdruck einer notwendigen Wertschätzung für diese Ermittlungstätigkeit.

Opferschutz-/Rechte in NRW konsequent ausbauen

Im Juli 2019 haben die Regierungsfractionen von CDU und FDP mit dem Antrag Drucksache 17/6742 die Landesregierung beauftragt, eine eigenständige einheitliche digitale Präsenz der Beauftragten für den Opferschutz bzw. der für den Opferschutz zuständigen Ministerien insgesamt sowie die regionalen Ansprechpartner zu schaffen.

Mit dem jetzt vorliegenden Antrag Drucksache 17/9872 (August 2020) verfolgen wir einen weiteren wichtigen Aspekt des Opferschutzes, insbesondere bei Opfern von Sexualstraftaten an



Kindern und Kinderpornographie. So paradox es klingt: Es besteht trotz bester entgegenstehender Absichten die Gefahr, dass diese Opfer im Rahmen der strafrechtlichen Verfolgung zusätzlich traumatisiert werden. Davor wollen wir die Betroffenen schützen! Deshalb wollen wir u.a. die ermittelnden Polizisten und Staatsanwaltschaften im

sensiblen Umgang mit den Betroffenen schulen. Weiter wollen wir in den Gerichten räumliche Voraussetzungen schaffen, um es Kindern und Jugendlichen leichter zu machen, offen über ihre Erfahrungen zu sprechen. Für die Landesregierung stehen das Kindeswohl und der Opferschutz unter

Beachtung der Vorgaben der Kinderrechtskonvention bzw. der Kinderrechte im Mittelpunkt. Eine effektive Strafverfolgung ist unser Ziel. Sie darf allerdings nicht zu einer weiteren massiven Belastung der Opfer werden, sondern muss immer unter dem Primat des Opferschutzes stehen.

Düren erhält ein neues landesweites Übungsgelände für Feuerwehren



Seit November 2018 ist ein weiteres überregionales Feuerwehrgelände für die Feuerwehren in NRW Thema im Innenausschuss. Insoweit erfolgte im März 2020 eine Erörterung mit den Feuerwehren zur Ausstattung und Beschaffenheit eines solchen zusätzlichen Übungsgeländes – bevorzugt im Süden des Landes – bei dem auch Lehrgänge der feuerwehrtechnischen Führungskräfteausbildung durchgeführt werden können.

In der Ausschusssitzung vom 3.9.2020 teilt das Innenministerium mit, dass eine Kooperationsvereinbarung mit dem Kreis Düren unmittelbar vor dem Abschluss steht, um dort zeitnah zusätzliche Gruppen- und Zugführer-ausbildungen anzubieten. Der Kreis Düren verfügt über mehrjährige Erfah-

rungen in der externen Gruppenführer-ausbildung. So soll der Beginn der ersten Gruppenführerlehrgänge bereits in der zweiten Jahreshälfte 2021 erfolgen. Das zusätzliche Übungsgelände wird für Feuerwehr- und Katastrophenschutzübungen zur Verfügung stehen und damit für ganz NRW eine große Rolle spielen. Denn neben Bränden in Wohngebäuden und Gewerbegebieten spielt auch die jährlich steigende Waldbrandgefahr eine immer größere Rolle, auf die sich die Feuerwehren durch entsprechende Übungen einstellen müssen. Durch diesen zweiten großen Standort werden die Kapazitäten verdoppelt und die Wege kürzer, da die Feuerwehren aus ganz NRW jetzt nicht mehr alle an den bisher einzigen Standort Münster fahren müssen.

Masterplan Grundschule

Nach Veröffentlichung des Masterplanes Grundschule traf ich bei Gelegenheit erneut den stv. Landesvorsitzenden des VBE und Vorsitzenden des VBE Region Aachen Matthias Kürten zum Gespräch. Neben dem Masterplan und dem Lehrkräftemangel haben wir abermals über eine gerechte Lehrerbesoldung von Grundschullehrern (A12) gegenüber den Lehrern der Sekundarstufe II (Gymnasiale Oberstufe) (A13) gesprochen. Dabei bestand Einvernehmen über die grundsätzlichen Positionen des VBE-Gutachtens „Gleiche Arbeit – gleicher Lohn“ von Prof. Gusy. Unsere Schul- und Bildungsministerin Yvonne Gebauer setzt sich schon seit Monaten massiv im Kabinett für eine entsprechende Regelung ein und auch



in der FDP-Fraktion sind wir uns einig, dass hier Handlungsbedarf besteht. Ich bin zuversichtlich, dass die entsprechenden besoldungsrechtlichen Konsequenzen noch im Laufe der Legislatur gezogen werden können. Ferner wurde die Grundschullehrerausbildung an der RWTH Aachen thematisiert. Zu den „Runden Tischen“ hierzu hatten wir bereits in der vorherigen Ausgabe berichtet.

Loyale Zusammenarbeit bei der Endlagersuche

Für die Menschen in der Aachener Grenzregion zu Belgien sind die Probleme mit den „Schrottreaktoren“ Tihange I und Dole II sattsam bekannt. Die Bemühungen aller deutschen politischen Entscheidungsträger, die belgische Regierung zur sofortigen Abschaltung der Reaktoren zu bewegen, sind leider gescheitert. Ein zusätzliches Problem für die Anrainerstaaten ist die Absicht Belgiens, ein Endlager für anfallenden „Atommüll“ im Hohen Venn und damit im unmittelbaren Grenzbereich zu Nordrhein-Westfalen einzurichten. Damit verletzen unsere Nachbarn nicht nur das EU-Prinzip der loyalen Zusammenarbeit und gegensei-



tigen Rücksichtnahme. Belgien verstößt damit auch wiederholt gegen eine UN-Konvention, Maßnahmen auf grenzüberschreitende Umweltverträglichkeiten zu überprüfen. Insoweit hatte der EuGH bereits im Juli 2019 bei der Wiederinbetriebnahme der beiden „Schrottreaktoren“ die „rote Karte“ gezeigt. Wir fordern, dass Belgien unbedingt ein grenzüberschreitendes Prüfverfahren einhält, bevor es das Hohe Venn als Standort festlegt.

Perspektiven aus der Corona-Krise für die junge Generation



Auch als Mitglied der „Jungen Gruppe“ der FDP-Bundestagsfraktion setze ich mich für die Interessen der nachwachsenden Generation ein. Das ist gerade heute besonders wichtig, weil die Corona-Krise junge Menschen besonders hart getroffen hat. Das beginnt mit der Schließung von Kindergärten und Schulen, Sportplätzen und Clubs. Das reicht über die Unsicherheit, unter welchen Bedingungen oder ob sie überhaupt den Schulabschluss machen, einen Ausbildungsplatz antreten können bis zur Frage, ob sie ein WG-Zimmer in der neuen Uni-Stadt finden und wie sie es bezahlen sollen, wenn frühere Nebenjobs großflächig weggebrochen sind. Das sind viele Ungewissheiten am Anfang der Lebens und Berufslebens, die die Politik nicht immer genauso schnell und engagiert Auffanglösungen angeboten hat wie für andere Gruppen in der Gesellschaft.

Mit der „Jungen Gruppe“ habe ich einen

Forderungskatalog aufgestellt, was jetzt passieren muss: Der Zugang zu Bildung muss barrierefrei werden. Dazu brauchen wir den Anschlag für digitale Schulen und Universitäten. Mit zeitgemäßer Ausstattung, technisch versierten Lehrkräften und modernen, online verfügbaren Lerninhalten. Auch das BAföG muss sich endlich unabhängig vom Einkommen der Eltern bemessen. Das befreit von Bürokratie und ebnet den Weg zu höherer Bildung für mehr Menschen. Wir wollen finanzielle Leistungen für Familien zusammenfassen und den Bezug als sogenanntes Kinderchancengeld vereinfachen, damit Familien in Zeiten enger Gürtel nicht am falschen Ende sparen. Auch brauchen wir sofort ein Sonderwohngeld, um Auszubildende, Studenten und Familien vor Wohnungslosigkeit wegen Corona zu schützen. Mit diesen und sieben weiteren Vorschlägen können wir die Krise gemeinsam meistern.

Papierindustrie – Beständig im Strukturwandel

Papier war nicht nur der Motor für Dürens Aufstieg, sondern ist auch heute noch ein bestimmender Wirtschaftszweig unserer Region. Unsere Papierindustrie zeigt, wie man nur mit stetem Fortschritt in Technik und Entwicklung einen Platz an der Weltspitze verteidigen kann. Durch den

Kohleausstieg und damit verbundenen Strukturwandel kommen auf die diese energieintensive Traditionsbranche etliche neue Herausforderungen zu. Wie die zu meistern sind, darüber unterhielt ich mich bei einem Besuch in der Papierfabrik Niederauer Mühle mit deren Chef Holger Autenrieb.

Effiziente Verfahren & lebendige Aktienkultur

Mit meinem jüngsten Antrag setzen wir Freie Demokraten uns dafür ein, die Rechte von Kapitalanlegern zu stärken und Gerichtsverfahren nach dem „Gesetz über Musterverfahren in kapitalmarktrechtlichen Streitigkeiten“ (KapMuG) zu optimieren. Dieses Gesetz droht, Ende Oktober auszulaufen. Wir wollen die Gelegenheit für eine Reform nutzen und setzen uns für eine Digitalisierung des Verfahrens ein. Mit kürzeren Fristen wollen wir KapMuG-Prozesse beschleunigen und durch eine Konzentrierung auf wenige Gerichte deren Sachkunde für diese Verfahren steigern. Warum? Weil wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger ihr Leben selbstbestimmt führen können. Das gilt auch für Vermögensaufbau und finanzielle Alterssicherung. Wir alle müssen künftig - im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten - mehr für die private Altersabsicherung tun, zum Beispiel über Aktien. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für mehr Aktienkultur in Deutschland ist das Vertrauen der Kleinanleger, dass der Rechtsstaat



auch mit Bezug auf den Kapitalmarkt effizient funktioniert und Anlegerinnen und Anlegern Rechtsschutz gewährleistet. Darum geht es beim KapMuG. Die Regierung hält es für ausreichend, lediglich das Gesetz um drei Jahre zu verlängern. Das ist - auch rechtspolitisch - ambitionslos! Wir wollen die Chance nutzen, die Ressourcen des Rechtsstaats vor Überlastung zu schützen und seine Verfahrensabläufe im Interesse der rechtssuchenden Bürgerinnen und Bürger zu optimieren.

Zwangsgutscheine, Nein Danke!

Die Corona-Krise hat Bürger und Unternehmen wirtschaftlich, gesellschaftlich und gesundheitlich massiv unter Druck gesetzt hat. Um Veranstaltungs- und Reisebranche zu unterstützen, hat die Bundesregierung den Verbrauchern neben vielem anderen auch ihre „Geld-zurück-Ansprüche“ für ausgefallene Veranstaltungstickets gestrichen. Und das sogar rückwirkend! Auch für Urlaubsreisen wollte die Regierung durchsetzen, dass sich Verbraucher mit Gutscheinen abpeisen lassen und den Luftfahrtunternehmen Zwangsdarlehen geben müssen. Das geht gar nicht, wo doch auch zahlreiche Verbraucher jetzt in Kurzarbeit sind und jeden Euro zusammenhalten müssen. Wir Freie Demokraten

wollen in der Krise nicht die einen (Unternehmen) gegen die anderen (Verbraucher) ausspielen. In meinem Antrag „Verbraucherschutz in der Corona-Krise – Gutscheinlösung verbraucherfreundlich ausgestalten“ habe ich für eine freiwillige, aber staatlich abgesicherte Gutscheinelösungen geworben. Diese sollen sowohl Kultur- und Sportveranstaltungen als auch Reisen abdecken. Um den schwer bedrängten Unternehmen der Reisewirtschaft zu helfen, fordern wir Freie Demokraten außerdem einen Fonds. Dieser soll vorläufig die Rückzahlungsansprüche der Verbraucher bedienen. Auf mittlere Sicht müssen die Unternehmen den Fonds anschließend wieder auffüllen.

Love is not tourism – Liebe kennt keine Grenzen

Um die Corona-Epidemie zu stoppen, hat Deutschland wie viele andere Länder zunächst die Grenzen für den Personenverkehr völlig dichtgemacht. Bis heute hat der Bundesinnenminister die volle Freizügigkeit nicht wieder hergestellt. Viele unverheiratete grenzüberschreitende Paare, bei denen eine/einer von beiden aus einem Drittstaat kommt, haben sich seit Monaten nicht mehr in Deutschland treffen können, denn die Einreisebedingungen sind nach wie vor bürokratisch und willkürlich. Andere EU-Mitgliedstaaten sind da weiter. Aus diesem Grund haben Werner Pfeil und ich an der symbolträchtigen Deutsch-Nieder-



ländisch-Belgischen Grenze demonstriert und Einreiseerleichterungen gefordert. Gerade als amtierende EU-Ratspräsidentschaft steht es Deutschland gut zu Gesicht, eine gemeinsame europäische Lösung zu erwirken, in der alle EU-Mitgliedstaaten die von der EU-Kommission empfohlenen Ausnahmen für binationale Paare umsetzen. Denn Liebe ist kein Tourismus.

Rheinisches Revier - nach der Braunkohle

Wie stärken wir das Energieland NRW über das Ende der Braunkohle hinaus? Zum Beispiel, indem wir die Forschung für die Gewinnung und Speicherung von Wasserstoffenergie fördern. Mit unserem Wirtschafts- und Digitalminister Andreas Pinkwart und Karsten Lemmer (Vorstand Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt) habe ich den Multifunkturm in Jülich eingeweiht. Mit dem spannenden Projekt erforscht das DLR, wie Wasserstoff effizient produziert und Solarkraftwerke günstiger gemacht werden können.

Dass die Region Düren im Aufbruch ist, zeigen auch ganz handfeste Unternehmen. Im Juli haben Andreas Pinkwart, Stefan Lenzen und ich das Unternehmen INperfektion in Wegberg besucht. Das Unternehmen arbeitet an Automa-



tion und Roboting und hilft anderen Firmen, den eigenen Betrieb zu digitalisieren.

Ein erfolgreicher Strukturwandel wird uns im Rheinischen Revier sicher nicht geschenkt. Aber ich sehe immer wieder, wie heimische Unternehmen unterschiedlichster Ausrichtung und Größe in Forschung und Entwicklung investieren, mit pfiffigen Ideen neue Arbeitsplätze schaffen und sich zusammen mit ihren Mitarbeitern neuen Wohlstand generieren.

Fliegerhorst Nörvenich - Für unser aller Sicherheit

Mein Wahlkreis steht nicht allein für Landwirtschaft und Energieindustrie, Forschung und Entwicklung, Infrastrukturdrekreuz und rheinische Lebensart zwischen Aachen und Köln. Mit dem Fliegerhorst Nörvenich sind wir auch wichtiger Standort der Bundeswehr beziehungsweise für die NATO. Hier befinden sich nicht nur zwei hochmoderne Simulatoren für das Eurofighter-Pilotentraining, sondern Nörvenich ist auch größte Jet-Geschwader der Luftwaffe. Im Mai habe ich den Fliegerhorst gemeinsam mit meinen Fraktionskollegen im Bundes-



tag Christian Sauter besucht und mich dort über die digitale Transformation erkundigt und ausgetauscht.

Mit Preistransparenz gegen Kostenfallen

Egal ob für Internet, Handy oder Fitnessstudio – viele Verträge, die wir heutzutage schließen, laufen über ein längeren Zeitraum. Um den Verbrauchern den Wechsel zu einem neuen Anbieter schmackhaft zu machen, werben diese oft mit günstigen Preisen. Nach den ersten Monaten ziehen die Kosten dann in der Regel erheblich an. Ohne digitale Hilfe können viele Menschen die Verträge kaum noch sinnvoll vergleichen. Um den Verbrauchern den Preisvergleich zu leicht zu machen und vor allem junge Menschen vor teuren Impulskäufen zu schützen, habe ich dem Bundestag einen Antrag vorgelegt. Ich möchte, dass alle Anbieter von Langzeitverträgen in ihrer Werbung und im Vertrag einen monatli-



chen Durchschnittspreis angeben müssen. Danach müssen sämtliche feststehenden Kosten – also die monatlichen Beiträge, die Grundgebühren oder die Anschlusskosten – zusammengerechnet und durch die Laufzeit des Vertrages in Monaten geteilt werden. So erfährt man auf einen Blick, wie teuer ein Vertrag wirklich ist. Wie am Supermarktregal, wo der Preis pro Kilo oder 100 Gramm anzugeben ist, kann man die Preise sofort vergleichen. Obendrein stärkt das die Unabhängigkeit der Verbraucher von Vergleichsportalen.

Unterstützung für den Weg zurück in die Normalität

Der Corona-Lockdown hat viele Unternehmen hart getroffen. Bei den ersten Schritten zurück in die Normalität wollte ich aktiv helfen und habe u.a. über 5.000 Mund-Nasen-Schutzmasken an Hotels, Fitnesscenter, Supermärkte, Tanzstudios sowie Pflege- und Seniorenheime in unserer Region verteilt. Bei all diesen Treffen habe ich mich über Erfahrungen aus der Krise und Wünsche an die Politik ausgetauscht. Die Rückmeldungen fließen auch in meine politische Arbeit ein. So ist z.B. die Forderung der FDP nach Erweiterung der steuerlichen Verlustverrech-



nung zu einer „negativen Gewinnsteuer“, damit Verluste aus diesem Jahr mit den Gewinnen der Vorjahre verrechnet werden können, auch Ergebnis der direkten Gespräche mit der Wirtschaft. Politik muss gerade in Krisenzeiten nah an den Menschen sein. Nur damit rechtfertigen wir das Vertrauen, dass uns bei den Wahlen entgegengebracht wird.

Finanzdatenaustausch - Einfallstor für Cyber-Angriffe

Der Datenschutz ist in unserem Land ein hohes Gut. Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, einer Datenweitergabe z.B. durch die bekannten Internet-Monopolisten zu widersprechen oder Einblick darüber zu verlangen, welche Daten weiter gegeben bzw. gesammelt wurden. Dieses Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist laut Bundesverfassungsgericht ein Datenschutz-Grundrecht, welches z.B. durch die Datenschutz-Grundverordnung und die EU-Grundrechtecharta geschützt wird.

Man könnte annehmen, dass diese Regeln eindeutig sind und auch bei deutschen Behörden Anwendung finden. Tatsächlich wird aber seit 2015 ein gigantisches Datenleck von Finanzverwaltung und Finanzministerium institutionalisiert. So werden im Rahmen des sog. AIA (automatischer Informationsaustausch über Finanzkonten) Milliarden Datensätze über Finanzbewegungen ausgetauscht. Teilnehmer des AIA sind mittlerweile über 100 Länder – dabei sind z.B. auch so „lupenreine“ Demokratien wie China, Russland oder Saudi-Arabien. Inhalt des AIA sind Informationen über Finanztransaktionen von Bürgerinnen und Bürgern der jeweiligen Partnerländer, die in anderen Ländern des AIA-Netzwerkes Konten unterhalten. Hintergedanke des AIA ist der Kampf gegen Steuerhinterziehung.

Ein im Grunde guter Gedanke, der allerdings in seiner Umsetzung den Bemühungen um Datenschutz wider-



spricht. So ist es nicht möglich, der Weitergabe von Steuer- und Finanzdaten aktiv zu widersprechen. Auch eine Auskunftsmöglichkeit zu den Details der Daten sieht der AIA nicht vor. Im Ergebnis können die Betroffenen nur darauf hoffen, dass die übermittelten Daten richtig sind und objektiv bewertet werden. Gerade in autokratisch regierten Ländern, in denen Kritikerinnen und Kritiker auch gerne mit Scheinprozessen mundtot gemacht werden, haben diese Daten natürlich einen besonderen Stellenwert. Konkret gesagt: Ein Regimekritiker aus China mit deutschem Konto und möglichen Überweisungen z.B. durch deutsche Menschenrechtsorganisationen kann sich darauf verlassen, dass seine Regierung sämtliche Details seiner Finanzbewegungen kennt. Ein Einspruch gegen die Datenweitergabe oder zumindest die Einsicht in die Daten ist ihm allerdings nicht möglich.

Diese Schieflage und die Missbrauchsgefahr des AIA's habe ich in mehreren parlamentarischen Anfragen zum Thema gemacht. Ich fordere mit Nachdruck, dass der AIA so ausgestaltet wird, dass er unserem Verständnis von Datenschutz entspricht und dass wirksame Kontrollen Missbrauch verhindern.

Kampf gegen Schwarzarbeit



Die durch Schwarzarbeit in unserem Land verursachten Schäden gehen in die Milliarden. Steuerhinterziehung und Wettbewerbsverzerrung sind für die ehrlichen Unternehmerinnen und Unternehmer zum Teil existenzbedrohend. Angesichts dieser massiven negativen Auswirkungen der „schwarzen Schafe“ muss der Kampf gegen Schwarzarbeit massiv verstärkt werden. Zuständig für die sog. Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) ist der Zoll.

Ich habe daher das für die Kontrollen verantwortliche Bundesfinanzministerium (BMF) mehrfach dazu aufgefordert, endlich mehr gegen Schwarzarbeit zu unternehmen. Offensichtlich hat man im BMF aber den Ernst der Lage nicht erkannt. Anders ist nicht zu erklären, dass trotz Hilferufen aus der Zollbehörde nach mehr Personal, verbesserten Arbeitsbedingungen und größerem Handlungsspielraum keine Verbesserungen im Kampf gegen Schwarzarbeit auf den Weg gebracht

wurden. Stattdessen wird beschönigend auf vermeintlich überzeugende Statistiken verwiesen. Dabei übte zuletzt selbst der Bundesrechnungshof deutliche Kritik und forderte vielsagend den „Wechsel von Quantität zu Qualität“. Bundesfinanzminister Scholz hat diese Forderung ignoriert.

Ich werde mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass das BMF den Zoll nicht länger im Regen stehen lässt. Für den erfolgreichen Kampf gegen Schwarzarbeit benötigen wir den Abbau bürokratischer Hemmnisse, die Änderung der internen Prüfstrukturen, eine Reform der Ausbildungskonzepte, eine deutliche Verbesserung der schlechten IT-Ausstattung und die spürbare Erhöhung der Bezahlung. Selbst den wenig finanzaffinen Sozialdemokraten im BMF sollte endlich auffallen, dass die damit verbundenen Kosten bei Weitem niedriger liegen, als die Schäden, die die grassierende Schwarzarbeit Jahr für Jahr anrichtet – von den prekären Arbeitsbedingungen bei der Schwarzarbeit ganz zu schweigen.

Kurzarbeitergeld führt zu Steuernachzahlungen

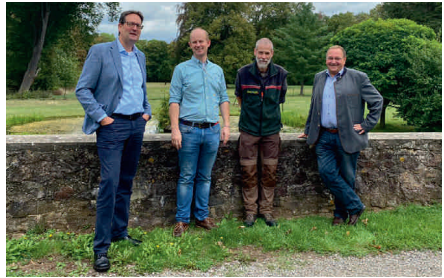


Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern waren oder sind infolge der Corona-Krise Empfänger von Kurzarbeitergeld. Diese Unterstützung ist richtig. Sie sichert in Krisenzeiten ein stabiles Konsumklima in unserem Land. Die pauschale Verlängerung bis Ende 2021 sehe ich allerdings kritisch, da sie auch zu Mitnahmeeffekten bei Unternehmen führen kann, die eigentlich gut durch die Krise gekommen sind. Wir müssen hier zielgenau helfen und dürfen möglicherweise unsoliden Wirtschaften nicht unbegrenzt durch Steuergelder auffangen. Hinzu kommt, dass mit der Verlängerung nicht nur für 2020, sondern auch für 2021 die Pflicht zur Abgabe einer Einkommenssteuererklärung für die Empfänger von Kurzarbeitergeld einhergehen wird. Damit verbunden ist das übliche deutsche Dreigestirn: Bürokratie, überlastete Verwaltung, Steuernachzahlungen. Gerade Letzteres wird vielfach für böse Überraschungen sorgen. Dass in

Krisenzeiten erhaltene Lohnersatzleistungen unterm Strich zu Steuernachzahlungen führen können, ist sicherlich nur für wenige Betroffene nachvollziehbar – zumal Lohnersatzleistungen prinzipiell steuerfrei sind. Hintergrund der Besteuerung ist der Progressionsvorbehalt im deutschen Steuerrecht. Dieser führt dazu, dass die Einkünfte, die vor oder nach dem Einsatz von Kurzarbeit erzielt wurden, höher besteuert werden, als dies ohne Bezug von Ersatzleistungen der Fall wäre. Damit diese höhere Besteuerung nicht übersehen werden kann, sind beim Bezug von Lohnersatzleistungen Steuererklärungen verpflichtend. Um diesen millionenfachen Mehraufwand und Steuernachforderungen abzuwenden, habe ich die Aussetzung des Progressionsvorbehalts für coronabedingtes Kurzarbeitergeld gefordert. Von Kurzarbeit Betroffene sollten nicht noch unter zusätzlichen Abgaben leiden.

Wälder schützen - Folgen von Dürre auffangen

Die Situation der Forstwirtschaft in NRW und ganz Deutschland ist nach dem dritten Dürresommer in Folge kritisch. Der starke Schädlingsbefall kommt belastend hinzu. Auch in unserer Heimatregion sind die Schäden vielerorts sichtbar. Aus Klimaschutzgründen, für den Erhalt tausender Arbeitsplätze sowie zur Sicherung des Wirtschafts- und Erholungsfaktors Wald müssen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Waldschäden aufzufangen. Dazu gehören zuallererst unbürokratische Aufforstungs- und



Hilfsprogramme. Ebenso wichtig ist die Schadholz-Bergung, um die Ausbreitung von Pilzen und Borkenkäfern zu stoppen. Wir müssen zudem über neue Züchtungsmethoden diskutieren, um unsere Wälder fit für die Herausforderungen des Klimawandels zu machen.

FH Campus in Erftstadt - Ein Gewinn für die Region

Als rohstoffarmes Land sind wir darauf angewiesen, dass das Bildungssystem die Basis für eine erfolgreiche Zukunft schafft. Über die Schwächen dieses Systems ließe sich selbstverständlich vortrefflich streiten. Nicht strittig ist für mich allerdings, dass Ansiedlungen von Bildungseinrichtungen auch immer einen spürbar positiven Effekt auf den Ort bzw. die Region der Ansiedlung und deren zukünftige Entwicklung haben. Gerne unterstütze ich daher die Bemühungen der FDP-Stadtratsfraktion Erftstadt und das Interesse der Fachhochschule Köln, einen eigenen Hochschulcampus in Erftstadt anzusiedeln. Bei meinem Gespräch u.a. mit Hochschulpräsident Prof. Dr. Herzig habe ich ihm jede Form von Unterstützung



Copyright Foto S. X Michael Bause / TH Köln

zugesichert, die ich leisten kann. Die Konzepte der Fachhochschule zur Schaffung eines „Campus Rhein-Erft“ haben mich absolut überzeugt. Auch im Sinne eines positiv zu gestaltenden Strukturwandels setze ich mich dafür ein, den Campus nach Erftstadt zu holen und die dafür notwendige Förderung für unsere Region zu sichern.

kinderstark – NRW schafft Chancen



Mit dem neuen Förderprogramm „kinderstark – NRW schafft Chancen“ von Familienminister Joachim Stamp (FDP) in Höhe von 14,3 Millionen Euro will das Land Kinderarmut bekämpfen und Prävention stärken. Auf Antrag können die Jugendämter im Bezirk Aachen 844.833 Euro für die Stärkung der Präventionsketten erhalten. Die FDP hält Wort und setzt sich für beste Chancen für alle Kinder ein. Für die Akteure hier vor Ort ist das Programm eine große Unterstützung ihrer Arbeit. Mit „kinderstark“ fördert das Land den Aufbau und die Stärkung kommunaler Präventionsketten, die Kinder, Jugendliche und Familien von der Schwanger-

schaft bis zum Übergang von der Schule in den Beruf unterstützen. Mit den Fördermitteln können wir die engere Vernetzung von Jugendhilfe, Schule, Gesundheit, Sport, Soziales und Teilhabe sowie Stadtentwicklung finanziell unterstützen, um stabile Rahmenbedingungen für das gemeinsame und gerechte Heranwachsen von Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher sozialer Herkunft zu schaffen.

Das Programm sieht auch eine Ausweitung der erfolgreichen Präventionsarbeit von Familienzentren vor. Bisher ist die Arbeit auf Kindertageseinrichtungen begrenzt. Künftig sollen auch Familien mit Grundschulkindern im Rahmen von Familiengrundschulzentren unterstützt werden können.

Darüber hinaus können mit dem „kinderstark“-Förderprogramm sogenannte Lotsendienste in Geburtskliniken, bei Kinderärzten und in gynäkologischen Arztpraxen gefördert werden. Diese regelmäßigen Anlaufstellen für Kinder, Jugendliche und Familien können bei Bedarf auf weitere Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote verweisen. Auch kommunale Familienbüros spielen als zentrale Ansprechpartner eine wichtige Rolle. Sie können Informationen zu Gesundheitsversorgung, Familienbildung, Kindertagesbetreuung und finanzieller Absicherung aus einer Hand bereitstellen. Mit der zusätzlichen finanziellen Unterstützung des Landes können wir nun alle Kräfte bündeln, um Kinderarmut zu bekämpfen, Chancengerechtigkeit herzustellen und einen Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen.

NRW stärkt Krankenhäuser in der Corona-Krise

Das Land stellt den Krankenhäusern und Pflegeschulen in Nordrhein-Westfalen zusätzliche Mittel in Höhe von einer Milliarde Euro für ein Sonderinvestitionsprogramm zur Verfügung.

Die Erfahrungen der Corona-Pandemie haben gezeigt, wie wichtig gut ausgestattete Krankenhäuser für die Gesundheitsversorgung sind. Den Einrichtungen im Bezirk Aachen stehen nun insgesamt 39.557.873,73 Euro zusätzliche Mittel für Investitionen zur Verfügung. Dies ist ein deutliches Signal der NRW-Koalition von FDP und CDU für die Zukunft unserer medizinischen Einrichtungen.



Wir können dies aus dem Sondervermögen des NRW-Rettungsschirms finanzieren, das der Landtag im März zur Bekämpfung der Folgen der Pandemie beschlossen hat. Die zusätzlichen Investitionen werden für die Patientinnen und Patienten spürbare Verbesserungen bringen. So können zum Beispiel bauliche Umgestaltungen der Zimmer und sanitären Anlagen oder Investitionen in die IT-Infrastruktur gefördert werden.

Berufliche Bildung

Der Landtag hat einen Antrag von FDP und CDU zur beruflichen Ausbildung während der Corona-Pandemie beschlossen. Angesichts der aktuellen Lage wurden in ganz NRW bis Ende April 8.260 weniger Ausbildungsstellen gemeldet. In der Region Aachen wurden im April 5.807 Ausbildungsstellen gemeldet, das waren 378 weniger als im Vorjahr. Wir stehen für die Stärkung der dualen Ausbildung. Für uns ist die berufliche Bildung für eine erfolgreiche Entwicklung unserer Gesellschaft und Wirtschaft unverzichtbar. Sie eröffnet vielfältige Chancen und Aufstiegsmöglichkeiten. Denn wer heute nicht ausbildet, der wird morgen qualifizierte Arbeitsplätze nicht besetzen können. Der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in der Aachener Region



ist immer auch ein europäischer. Deshalb soll auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in diesem Bereich weiter gestärkt werden. Auf eine Antragsinitiative von Werner Pfeil und mir hin will das Land NRW künftig bestehende Initiativen mit einer Informationskampagne stärken. Wir wollen Zusatzqualifikationen der Kammern für Grenzgänger weiter bekannt machen und zu einer Ausweitung der Angebote animieren. Zudem wollen wir Auslandspraktika in der Ausbildung im Rahmen von ERASMUS+ stärker bewerben.

NRW bringt Digitalisierung an unseren Schulen voran



Das NRW-Schulministerium hat die Verteilung der Mittel aus den Sofortausstattungsprogrammen für digitale Endgeräte an die Schulträger bekanntgegeben. Für die Schulen und Bildungseinrichtungen im Bezirk Aachen stehen 9.993.402,25 Euro für digitale Endgeräte für Schülerinnen und Schüler sowie 6.749.500,00 Euro für Lehrkräfte zur Verfügung. Das Sofortausstattungsprogramm wird die digitale Ausstattung der Lehrkräfte sowie der Schülerinnen und Schüler an unseren Schulen voranbringen. Die Kinder und Jugendlichen sollen mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden, die aufgrund der finanziellen Verhältnisse des Elternhauses bislang nicht auf solche Endgeräte zurückgreifen können. Dies ermöglicht allen Schülern digitales Lernen auch von zu Hause aus und wir leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit – auch über die Corona-Pandemie hinaus. Die Schulträger können in einem vereinfachten Verfahren die

Mittel auf direktem Wege bei den Bezirksregierungen beantragen. Die Endgeräte verbleiben im Besitz der Schulträger und werden den Schülerinnen und Schülern leihweise zur Verfügung gestellt. So soll sichergestellt werden, dass künftig möglichst alle Schülerinnen und Schüler am Unterricht auf Distanz teilnehmen können, sofern dieser aufgrund des Infektionsschutzes eingerichtet werden muss.

Im Rahmen des Sofortausstattungsprogramms wird die Anschaffung mobiler Endgeräte, also Laptops, Notebooks und Tablets, mit einem Höchstbetrag von 500 Euro pro Gerät gefördert. Bund und Land finanzieren im Rahmen einer Zusatzvereinbarung zum DigitalPakt Schule insgesamt 90 Prozent der Ausgaben. Die Schulträger leisten einen Eigenanteil in Höhe von mindestens 10 Prozent. Bei der Verteilung der Mittel auf die Schulträger wurden die Schülerzahl sowie soziale Faktoren berücksichtigt.

Mittelstands- und Heimattour in Linnich

In der Sommerpause war ich auf Mittelstands- und Heimattour mit den Freien Demokraten. Die erste Station führte zur Consitio GmbH, einem IT-Dienstleister, nach Hottorf. Im Mittelpunkt des Dialogs standen die digitale Infrastruktur im ländlichen Raum, die Situation der Solo-Selbstständigen und natürlich die Auswirkungen der Corona-Krise.

Die zweite Station führte zur Bäckerei Schreiber nach Ederen. Die Bäckerei existiert seit über 125 Jahren und wird derzeit in der vierten bzw. fünften Generation geführt. Der Sohn des aktuellen Inhabers hat sich in diesem Jahr in Alsdorf selbstständig gemacht, bleibt aber zugleich dem Familienbetrieb treu. Es ist großartig, wenn sich junge Menschen für die Selbstständig-



keit entscheiden. Nach dem Besuch bei Schreiber ging es weiter zu Holz Jansen in Ederen. Der Betrieb wurde nach dem Krieg als Sägewerk gegründet und entwickelte sich in den siebziger Jahren zu einer Holzhandlung. Unternehmen wie Holz Jansen zeigen, welches Potential in unseren Dörfern steckt. Zum Abschluss ging es in die Innenstadt, die derzeit mit Landesgeldern saniert wird. Linnich hat unglaubliches Potential und hat schon einiges geleistet. Die NRW-Landesregierung wird auch weiterhin die Kommunen bei Investitionen unterstützen.

Integration vor Ort: Im Dialog mit dem DRK Kreis Heinsberg



In diesem Jahr startet das „Kommunale Integrationsmanagement“ in Nordrhein-Westfalen. In einem ersten Schritt fördert das Land 200 zusätzliche halbe Personalstellen im Umfang von fünf Millionen Euro zur Stärkung der kommunalen Ausländer- und Einwan-

derungsbehörden. Der Kreis Heinsberg erhält daraus 50.000 Euro für zwei halbe Stellen. Dies nahm ich zum Anlass für einen Austausch mit dem DRK Kreisverband Heinsberg, welcher heute schon Integrationsarbeit vor Ort leistet.

Wir stehen für eine realistische Inklusionspolitik

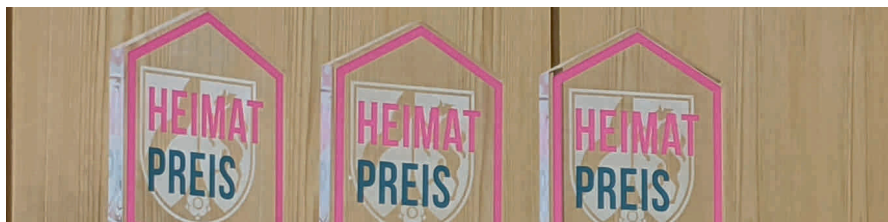
Die Fraktionen von FDP und CDU haben im Landtag den Antrag „Teilhabe von Menschen mit Behinderungen neu und innovativ gestalten – Inklusion in Nordrhein-Westfalen weiter voranbringen!“ eingebracht. In Nordrhein-Westfalen haben wir bei der Stärkung der Inklusion bereits einiges erreicht. Der Teilhaberbericht NRW zeigt deutlich, dass sich in den letzten Jahren in vielen Lebensbereichen positive Veränderungen ergeben haben. Er veranschaulicht aber ebenso die Herausforderungen, die noch zu meistern sind. Wir wollen jetzt zusammen mit den Verbänden und Selbstorganisationen der Menschen mit Behinderungen einen Aktionsplan erstellen. Dabei steht die NRW-Koalition von FDP und CDU für eine realistische Inklusionspolitik. Dies bedeutet,



dass wir keinen radikalen Wandel brauchen. Stattdessen setzen wir darauf, anerkannte und verlässliche Strukturen zu erhalten und gleichzeitig Neues entstehen zu lassen.

Zur Stärkung der Teilhabe an Arbeit setzen wir auf innovative, praktikable und betriebsnahe Lösungen. Für uns haben Kooperationen zwischen Werkstätten und Betrieben des ersten Arbeitsmarktes Modellcharakter. Angesichts der Covid-19-Pandemie haben wir die erfolgreiche Arbeit der Inklusionsbetriebe abgesichert. Und wir sehen auch mehr Chancen in der Digitalisierung für mehr Teilhabe.

NRW unterstützt Brauchtum und Vereine



Schon Ende April hatte die NRW-Koalition Hilfen für Brauchtums-, Traditions- und Heimatvereine beschlossen. Nun wird das Programm mit 28 Millionen Euro großzügig ausgestattet und ist seit dem 15. Juli startklar. Trotz der Lockerungen der Corona-Beschrän-

kungen fallen derzeit noch viele Veranstaltungen weg. Karnevalsgesellschaften und andere sind deshalb dringend auf Unterstützung angewiesen. Daneben unterstützt das Land mit dem Heimatförderprogramm weiterhin die ehrenamtliche Arbeit vor Ort.